

Streikbewegungen und Arbeitsproteste im Protektorat Böhmen und Mähren¹

Strikes and working protests in the Protectorate of Bohemia and Moravia

PhDr. Stanislav KOKOŠKA, Ph.D.

Abstract

Eine traditionelle Art der Streikbewegung, deren Ziel es war, bessere Arbeitslöhne zu erzielen, war hauptsächlich in der Anfangsphase der Nazi-Okkupation zu sehen. Zum Hauptgrund war die Inflation, wonach die Regierung des Protektorats bereits am 13. Juni 1939 mit einem Verbot von Streiks und Aussperrungsaktionen reagierte. Die Streikwelle hatte zwar auch nach diesem Datum fortgesetzt, aber dank Regierungsbeschlüsse über Lohnanpassungen wurde sie schnell abgebrochen. Streiks galten ab Anfang 1940 als Versuch, industrielle Produktion zu sabotieren. Streikfälle wurden anfangs von deutschen Militärgerichten verhandelt. Später fiel die Verfolgung von Sabotageaktionen jedoch unter gesonderte Jurisdiktion der Landgerichte in Prag und Brünn.

Eine weitere Streikwelle im Protektorat fand im Sommer 1941 statt und war einer der Gründe, die zur Ernennung Reinhard Heydrichs in das Amt des Reichsprotektors geführt hatten. Die Besatzungsmacht reagierte nicht nur mit schnellen Aktionen der Gestapo, sondern vor allem mit exemplarischen Bestrafungen. Infolge von Repressionen wurden Streiks als organisierte Form sozialer Proteste nicht mehr verwendet. Zwischen 1943 und 1944 gab es daher nur wenige Streiks, die recht spontan ausbrachen. Der bekannteste von ihnen fand am 24. August 1943 in der ČKD-Fabrik in Vysočany statt. Obwohl nur ein geringer Schaden angerichtet worden war, erteilte das Sondergericht eine Todesstrafe und vier Freiheitsstrafen von drei bis sieben Jahren. Diese einschüchternden Strafen trugen dazu bei, dass Streikaktionen als Protestform rasch zurückgingen und durch langsame Arbeit oder Flüchte Zwangsarbeit leistender Einzelpersonen ersetzt wurden.

Streiks als eine Form politischen Protests standen vor allem auf Programm der illegalen Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und zwar zum ersten Mal im Herbst 1939 in Angelegenheit des aufgehobenen tschechischen Nationalfeiertages im Andenken vom Entstehen der Tschechoslowakischen Republik. Während die demokratischen Widerstandskräfte

¹ Der Text entstand im Rahmen der Lösung des Projekts der Grant-Agentur der Tschechischen Republik Nr. 13-10279S „Industriearbeiterstand in den Tschechischen Ländern in den Jahren 1938–1948“. An den Archivrecherchen, die in dieser Studie ausgenutzt sind, beteiligten sich neben den Autor auch Monika Sedláková, Tamara Nováková und David Hubený.

öffentliche Demonstrationen im Anlass des 28. Oktober 1939 organisierten, bereitete die illegale Kommunistische Partei der Tschechoslowakei Demonstrationsstreiks vor, die tatsächlich in Prag, Pilsen, Rakovník und an einigen anderen Orten stattfanden. Zwischen 1939 und 1941 förderte die kommunistische Presse auch traditionelle Streikaktionen, versuchte es jedoch, illegale Aktionen im Protektorat auf bloßen Kampf um soziale Erfordernisse zu beschränken. In der abschließenden Phase des Krieges verfolgten die Kommunisten das Ziel eines totalen Generalstreiks als Ansatz von einem landesweiten Aufstand. Das war jedoch ein trügerisches Konzept, da es erstens die Möglichkeiten der stark dezimierten illegalen Kommunistischen Partei überschätzte und zweitens die Tatsache ignorierte, dass die Wirtschaft des Protektorats im Frühjahr 1945, nur wenige Monate vor endgültiger Niederlage Deutschlands, schnell auf dem Weg zum Kollaps war, was die Bedeutung der Streikaktionen erheblich verringert hätte.

Schlüsselwörter

Streiks, Arbeiterproteste, Protektorat Böhmen und Mähren

Abstract

A traditional type of strike movement the aim of which was to achieve better wages was seen mainly in the initial phase of the Nazi occupation. Its main reason was inflation, and the Protectorate government reacted to it as early as on 13 June 1939, by banning strikes and lockouts. It is true that the strike wave continued even after this date, but it was petering out fast, thanks to government decrees on wage adjustments. Since the beginning of 1940, strikes were regarded as attempts to sabotage industrial production. Strike cases were initially tried by German military courts, but the jurisdiction over the prosecution of acts of sabotage later fell under special tribunals of the Land Courts in Prague and Brno.

Another strike wave in the Protectorate took place in the summer of 1941 and was one of the reasons why Reinhard Heydrich was ultimately appointed the Acting Reichsprotektor. The occupation power reacted not only by swift actions of the Gestapo, but mainly by exemplary punishments. As a result of the repressions, strikes ceased to be used as an organized form of social protests. There were therefore only a few strikes between 1943 and 1944, which broke out quite spontaneously. The best known of them was the one which took place in the ČKD factory in Vysočany on 24 August 1943; although causing only negligible damage, the special court passed one death sentence and four sentences of imprisonment for three to seven years. These intimidating punishments were the reason why strikes as a form of protest were quickly receding into the background, being replaced by slow work or escapes of individuals assigned to forced labour.

Strikes as a form of political protest appeared mainly on the list of actions of the illegal Communist Party of Czechoslovakia, for the first time in the autumn of 1939 in connection with the cancellation of the national holiday commemorating the birth of the republic. While the democratic resistance was organizing public demonstrations on the occasion of 28 October 1939, the illegal Communist Party of Czechoslovakia was preparing manifestation strikes which indeed took place in Prague, Plzeň, Rakovník, and a few other places. Between 1939 and 1941,

the Communist press was also promoting a traditional-type strike movement, but attempting to direct the illegal movement in the Protectorate only toward the struggle for social requirements. In the final phase of the war, the Communists' concept was that of an all-out general strike as a prologue to a nationwide uprising. However, the concept was illusory; first, it overrated the abilities of the heavily decimated illegal Communist Party. Second, it disregarded the fact that the industrial production in the Protectorate in the spring of 1945, only a few months until the final defeat of Germany, would quickly collapse, and the importance of strikes would thus be significantly reduced.

Keywords

strikes, working protests, Protectorate of Bohemia and Moravia

Die tschechischen Länder traten in die Zeit der nazistischen Besetzung mit der Gesetzgebung ein, die die Streiks als Bestandteil der Kollektivverhandlungen zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitern betrachtete. Faktisch handelte es sich um eine Gesetzänderung, die auf dem sog. Koalitionsgesetz Nr. 43/1870 des Reichsgesetzblatts basierte. Dieses Gesetz verankerte zum ersten Mal die gesetzliche Straffreiheit der Streiks, wenn es jedoch bei diesen zu keiner direkten Einschüchterung oder Gewalt kommt. Die Durchsetzung der Kollektivanforderungen wurde dann von der tschechoslowakischen Gesetzgebung nur mit Ausnahme anerkannt, wenn die Streiks oder Arbeitssperrungen „aus den nationalen, religiösen oder politischen Motiven“ entstanden.²

Die nazistische Besetzung führte zu einem raschen Anstieg der Inflation, die vor allem auf Preise für Nahrungsmittel, Kleidung und weitere grundlegende Lebensbedürfnisse auswirkte. Nationale Gemeinschaft, eine einzige genehmigte tschechische politische Partei, beantragte zwar eine parallele Lohnerhöhung, diese Forderung wurde jedoch nur von den kleineren Arbeitgebern teilweise nachgekommen. Ústřední svaz průmyslníků pro Čechy a Moravu (Zentralverband der Industriellen für Böhmen und Mähren) war bereit, nur mit der Auszahlung der Teuerungshilfe zuzustimmen, jedoch auch zu dieser Vereinbarung, die am 25. April 1939 mit Sdružení kovoprůmyslového dělnictva (Arbeiterverband in der Metallindustrie) abgeschlossen wurde, nahmen die einzelnen Unternehmen sehr säumig an.³ Die Direktorkonferenz des Kohlengebiets Ostrava lehnte hingegen alle Forderungen der Gewerkschaften mit der Begründung ab, dass die Zunahme der Lebensbedürfnisse keine dramatischen Auswirkungen hat. Nach den Berechnungen der Eigentümer der Bergwerke sollten die bestehenden Löhne um 5% höher liegen und die Preise für Nahrungsmittel und

2 Gesetz Nr. 309/1921 Slg. vom 12. August 1921 gegen die Unterdrückung und zum Freiheitsschutz bei den Versammlungen.

3 Näher siehe KOKOŠKA, Stanislav: „Zastavte práci!“ Stávkové hnutí v Protektorátu Čechy a Morava v roce 1939 [„Hört auf zu arbeiten!“ Streikbewegung im Protektorat Böhmen und Mähren im Jahre 1939], in: *Paměť a dějiny [Gedächtnis und Geschichte]*, 11, 2017, 30–31.

Kleidung dagegen um 10% niedriger als im Jahre 1929 sein, als die große Wirtschaftskrise begann.⁴

Die Streikwelle brach Anfang Mai in einigen Bergwerken im Kohlenbecken bei Kladno-Rakovník aus. Der erste Streik begann am 6. Mai 1939 in den Bergwerken Prago bei Buštěhrad und fünf Tage später schlossen die Bergarbeiter im Bergwerk Ronna in Hnidousy an. Am 16. Mai 1939 traten in den Streik auch einige Hundert Arbeiter aus der Schamottwarenfabrik Lubna und Keramikfabrik Rako in Rakovník. Am 25. Mai 1939 traten in den Streik die Bergarbeiter aus den Bergwerken Anna und Vojtěch in Příbram. Nach und nach kamen ebenso die Arbeiter der Aktienziegeleien in Hodonín sowie die Arbeiter hinzu, die im Straßenbau arbeiteten.⁵ Oft handelte sich um Berufe, die finanziell unterbewertet waren, so dass die Streiks in der Regel mindestens mit der Auszahlung der Teuerungshilfe endeten. Den größten Erfolg hatten vielleicht die Bauarbeiter, die unter der Schirmherrschaft des Arbeiterausschusses der Nationalen Gemeinschaft statt der einmaligen Teuerungshilfe einen Teuerungszuschlag zu Stunden- und Aufgabenlöhnen verhandelten.

Die Protektoratsregierung reagierte auf diese Situation bereits am 13. Juni 1939 mit dem Streik- und Arbeitsausschlussverbot. Laut der offiziellen Pressemitteilung geschah es gemäß der Vereinbarung mit dem Amt des Reichprotektors, um den Arbeitsfrieden und gute Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu halten, denn *„in den letzten Tagen an verschiedenen Orten die Lohnbewegungen erschienen, die eine störungsfreie Lohnentwicklung gefährden“*.⁶ In der Mitteilung wurde zugleich aufgeführt, dass die Aufsicht über die Lohnproblematik das Ministerium für Sozial- und Gesundheitsverwaltung vollständig übernimmt. In der Tat begann die Protektoratsregierung diese Agenda schon durch ihre Verordnung Nr. 118 vom 28. April 1939 über Kollektivarbeitsverträge und Sicherstellung der einheitlichen Lohnpolitik zu regeln. Das Ministerium für Sozial- und Gesundheitsverwaltung wurde dadurch ermächtigt, die Ergebnisse der Kollektivverhandlungen zu genehmigen, die sich auf Löhne und Gehaltssätze bezogen.⁷ Das derzeitige Lohnniveau sollten auch die Regierungsverordnungen bewahren, die die Gültigkeit der bestehenden Kollektivverträge bis zum 30. Juni 1939, bzw. 31. Dezember 1939 verlängerten. Das System der direktiven Lohnfestsetzung wurde dann durch Regierungsverordnung Nr. 330/1939 Slg. über Staatsverwaltung der Lohnpolitik abgeschlossen, die am 1. Januar 1940 in Kraft trat. Diese gesetzgebende Norm sprach auch noch über die Genehmigung der Kollektivverträge,

4 Zemský archiv (Landesarchiv in Opava), Fond Revírní báňský úřad (Revierbergamt in Ostrava), Kart. 561, Zuschrift der Direktorkonferenz vom 26. Juli 1939.

5 KRÁL, Václav: *Otázky hospodářského a sociálního vývoje v českých zemích 1938–1945 [Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den tschechischen Ländern 1938–1945]*, Band III, Prag 1959, 80–81.

6 Národní listy [Nationalblätter], Nr. 162 vom 14. Juni 1939, Seite 1.

7 Durch Regierungsverordnung Nr. 147 vom 16. 6. 1939 über die Durchführung der Lohnpolitik wurde dann die Regierungskompetenz wie folgt erweitert: „Jede Anpassung der Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen, wenn sich diese auf Arbeitszeit und Urlaubsfestsetzung beziehen und wenn diese einen direkten Einfluss auf die Löhne haben, die jedoch nicht für einzelne Arbeitnehmer gelten, erfordert in Fabriken (Betrieben), die mehr als 20 festangestellten Arbeitnehmer haben, eine Zustimmung des Ministeriums für Sozial- und Gesundheitsverwaltung im Einvernehmen mit zuständigem Ministerium.“

jedoch zugleich ermächtigte das Ministerium für Sozial- und Gesundheitsverwaltung zur Durchführung aller Maßnahmen im Bereich der Verwaltung der Lohnpolitik. Gleich im ersten Paragraph wurde dazu aufgeführt, dass „das Ministerium mit der verbindlichen Wirksamkeit die Löhne und Gehälter festsetzen und allgemeine Arbeitsbedingungen anpassen kann, wenn diese auf Arbeitszeit oder Urlaubsansprüche beziehen“.⁸

Das Streikverbot im Protektorat führte zugleich dazu, dass das Statistische Staatsamt aufhörte, die entsprechende zusammenfassende Statistik zu führen. Die Streikübersicht, die in der ersten Hälfte des Jahres 1939 stattfanden, wurde zwar noch bearbeitet, aber wenn die Gewerbeinspektorate ihre Berichte immer aus Trägheit versandten, wurden diese bereits informiert, dass sie verpflichtet sind, die Strafanzeige über die Streiks an die zuständige Polizeibehörde zu erstatten.⁹ Die offiziellen Quellen, die sich auf das Jahr 1939 beziehen und daher werden in der Fachliteratur zitiert, erwähnen insgesamt nur 25 Streiks in 31 Fabriken, an denen 4.848 Arbeiter teilnahmen und 11.568 Arbeitstagen verpasst wurden.¹⁰ Aus diesen Zahlen hervorgeht, dass es sich um zeitlich begrenzte Proteste handelte, mit dem Ziel die Lohnanforderungen zu erreichen.

Den wohl dramatischsten Verlauf hatte der Streik in Slovenské akciové cihelny (Slowakische Aktenziegeleien) in Hodonín. Der erste Streik, an dem am 5. Juni 1939 370 Arbeiter teilnahmen, wurde nach einigen Tagen mit einem Gewinn der Lohnzulagen in der Höhe von 25% beendet. Nach der Ablehnung der Forderung, die Lohnerhöhung rückwirkend seit dem 1. März auszuzahlen, nahmen die Arbeiter am 5. August 1939 den früheren Streik wieder auf. Zugleich erweiterten sie ihre Forderungen um einen bezahlten Urlaubsanspruch für Saisonarbeiter. Es folgte der Gestapoeingriff, die 12 Arbeiter verhaftete. Das Streikkomitee wollte nicht auf die Forderung eingehen, dass zuerst der Streik beendet werden muss und erst dann werden die Lohnanforderungen der Arbeiter besprochen. Im Rahmen der Druckbildung wurden in der Folge der nicht erfolgreichen Verhandlung stufenweise 38 Arbeiter verhaftet. Jedoch auf diese Weise gelang es auch nicht diesen Streik mit der Teilnahme von mehr als 400 Arbeitern zu beenden. Der Bezirkshauptmann hatte daher eine Verordnung zu erlassen, gemäß der den Personen, die nicht zur Arbeit zurückkehren, strenge Strafen drohen. Als es gelang, mit dem Beitrag von Gendarmen die Produktion am 10. August 1939 wieder aufzunehmen, wurden vier Tage später alle festgenommenen Arbeiter freigelassen, einschließlich derjenigen, denen das Bezirksamt schon eine Freiheitsstrafe von 14 Tagen erteilte.¹¹

8 Regierungsverordnung Nr. 330 vom 21. 12. 1939 über die Staatsführung der Lohnpolitik.

9 KOKOŠKA, Stanislav: Statistische Quellen aus dem Protektorat Böhmen und Mähren, in: *Zpravodaj grantového projektu Průmyslové dělnictvo v českých zemích v letech 1938–1948. Sborník příspěvků z workshopu Výzkumné trendy a prameny k dějinám průmyslového dělnictva v letech 1938–1948* [Newsletter des Zuschussprojekts *Industriearbeiter in den tschechischen Ländern in den Jahren 1938–1948. Beitragssammelbuch aus dem Workshop Entwicklungstrends und Quellen zur Geschichte der Industriearbeiter in den Jahren 1938–1948*], Prag – Opava 2015, 77–78.

10 KRÁL, 79.

11 Ebenda, 80–82.

Ganz anders verlief der Streik im Automobilwerk ASAP in Mladá Boleslav, der am 19. August 1939 ausbrach. Der Hauptorganisator wurde Karel Kostelecký, der sich in der faschistischen Organisation Vljaka (Fahne) engagierte. Maschinengeschriebene Flugblätter, die zum Streik aufriefen, forderten deshalb nicht nur die Einführung des Stundenteuerungszuschlags, sondern auch kämpften gegen den Arbeiterbetriebsausschuss, der angeblich das Vertrauen der Arbeiter verloren hatte. Kostelecký griff darin auch sog. Metalladwirte an, die ein paralleles Einkommen aus kleiner Landwirtschaft hatten. Im Flugblatt wurden sie als Bummler und Helfer der Betriebsführung bezeichnet, die „zynisch dem Leiden der Arbeiter verspotten“.¹² Der Streik brach nach der Feststellung des Bezirksamts um halb zehn in der mechanischen Werkstatt aus, wo „manche Arbeiter die Arbeit verließen, dann kehrten sie wieder zur Arbeit zurück, verließen wieder die Arbeit und der Arbeiterzug ging fast den ganzen Betrieb herum, sodass sich zum Streik fast alle Arbeitnehmer der Fabrik bis zu ein paar Leute anschlossen“.¹³ Es folgte die Gründung eines vierköpfigen Streikkomitees, in das die Arbeiter neben das Vljaka-Mitglied Kostelecký ebenso den ehemaligen kommunistischen Vorarbeiter Rudolf Zapadlo wählten, der jedoch schon früher seines Platzes im Betriebsausschuss aufgrund seiner Mitgliedschaft in der aufgelösten kommunistischen Partei amtlich enthoben worden war. Die Vertreter der Streikenden forderten vor allem die Mindestlohngarantie, die Erhöhung der Lohnsätze um 30 bis 50 Prozent und die Auflösung des derzeitigen Betriebsausschusses. Obwohl die Arbeiter von einem Vertreter des Bezirksamts gewarnt wurden, dass die Protektoratsregierung ein Streikverbot erklärte, und alle sollten zu ihrer Arbeit zurückkehren, erfolgten trotzdem die Streikverhandlungen. Die Fabrikführung erklärte, dass sie mit Rücksicht auf geltende Gesetzgebung nur die mit der Arbeitsorganisation zusammenhängende Angelegenheiten lösen kann, deren Besserung aufgrund der konkreten Bemerkungen eine größere Sicherheit der vertragsgarantierten Verdienste sicherstellen konnte.¹⁴ Das Streikkomitee stimmte mit dieser Schlussfolgerung zu und machte die Arbeiter damit bekannt. Der Streik wurde nachfolgend aufgelöst, denn die Arbeiter begannen das Werk nach der Vormittagsschicht verlassen. Die Nachmittagschicht abwechselnd arbeitete und nicht arbeitete, aber die Nachtschicht lief schon in Ordnung. Den endgültigen Punkt für den gesamten Streik stellte dann die Direktorverordnung vom 22. August 1939 dar, in der die Beilegung des Lohnstreits angekündigt wurde.¹⁵

Am wenigsten Informationen gibt es zu den Streiks, die im Herbst 1939 verliefen. Ein von den Gründen kann die Ungefälligkeit der Fabrikführung sein, diese Streiks an Polizeibehörden

12 Národní archiv (Nationalarchiv in Prag), Fond Prezídium ministerstva vnitra (Präsídium des Innenministeriums, im Folgenden PMV genannt), Kart. 1261, Sign. 225-1261-6, Bericht über den Streikverlauf.

13 *Odboj na Mladoboleslavsku 1939–1945. Obraz historie domácího odboje v Pojizeří. [Widerstand in der Region Mladá Boleslav 1939–1945. Ein Bild der Geschichte des Innenwiderstands in Pojizeří]*, Mladá Boleslav 1995, Anlage Nr. 2, 58.

14 Die Fabrik ASAP kämpfte mit einem Auftragsmangel, was zu den kürzeren Arbeitszeiten und dem sog. Arbeitsaussetzen führte. Dies bedeutete die Lohnsenkung unter das Niveau, das im Kollektivvertrag garantiert wurde.

15 HERČÍK, Karel: *Stávka dělníků mladoboleslavské automobilky [Arbeiterstreik der Autofabrik in Mladá Boleslav]*, in: *Středočeské kapitoly z dějin okupace 1939–1942 [Mittelböhmen-Kapitel aus Besatzungsgeschichte 1939–1942]*, Prag 1965, 100–119.

anzumelden, bzw. eine Bemühung die Arbeiter vor einer möglichen Strafverfolgung der Besatzungsbehörden zu schützen. Als Beispiel kann der Streik in Prager Daňkovka aufgeführt werden, den Jaroslava Pelikánová zu rekonstruieren versuchte.¹⁶ Ihrer Studie nach war es gar nicht möglich, eine genaue Streikzeit zu bestimmen, weil sich nur ein Fragment von widersprüchlichen Erinnerungen der Zeitzeugen erhielt. Aufgrund des Artikels in der illegalen Zeitschrift von Prager Metallarbeitern kann man jedoch davon ausgehen, dass der Streik wahrscheinlich am 13. Oktober 1939 stattfand. Die unmittelbare Ursache wurde die Tatsache, dass die ČKD-Führung die Parameter des mit den Arbeiterbetriebsausschüssen vereinbarten Teuerungsdarlehens zusätzlich geändert hatte: „*Das Ergebnis war ein Ausbruch in allen drei ČKD-Fabriken, an den sich die Herren nicht erinnern. Es war das erste Mal, dass unter die Arbeiter eine ganze Direktorgarnitur kam.*“¹⁷ Aufgrund der Rekonstruktion nach der Aussage von Zeitzeugen stoppten die Arbeiter in einigen Werken die Arbeit und versammelten sich auf dem Hof. Die tschechische Fabrikführung fürchtete sich vor dem Gestapoeingriff und bemühte sich, den Streik mit eigenen Kräften zu unterdrücken. „*Der Werkstattdirektor Komeščík,*“ erinnerten die Zeitzeugen, „*lief unter den Arbeitern, schalt sie und schickte sie in die Werkstätte zurück.*“¹⁸ Der Artikel in der illegalen Zeitschrift von Metallarbeitern bestätigt, dass „*die Direktoren ihre Agilität hervorhoben, wie sie die Arbeiter zum Arbeitseintritt gezwungen hatten*“, und dass sie dabei auch mit einer Gefahr des bewaffneten Eingriffs der Besatzungsmacht argumentierten.¹⁹ Die Produktion wurde nach einigen Stunden wieder aufgenommen, als die Fabrikführung Teilentgegenkommen versprach.

Die Arbeiter von Kolbenka in Libeň, die ebenso zum ČKD-Maschinenkonzern gehörte, möchten auch im Oktober 1939 gegen die Gewährungsweise der Teuerungshilfe protestieren, aber das Betriebskomitee wurde sofort gewarnt, dass gemäß der Verordnung des Reichsprotectors jeder Streik als Sabotageversuch bewertet worden wäre. Laut der Meldung der Protektoratspolizei verliefen „*nur die Informationssitzungen der Arbeiter in einzelnen Abteilungen ohne die Arbeit zu unterbrechen*“, sodass es wirklich kein Streik stattfand.²⁰ Zum ähnlichen Ereignis kam es am 10. Oktober 1939 ebenso in der Fabrik Letov Prag-Letňany. Die Situation war da jedoch komplizierter, weil dieser Militärbetrieb

16 PELIKÁNOVÁ, Jaroslava: Daňkovka v letech nacistické okupace [Daňkovka in den Jahren der Nazibesatzung], in: *Studie a vzpomínky z dějin závodů v ČSSR [Studien und Erinnerungen aus der Betriebsgeschichte in der Tschechoslowakischen sozialistischen Republik]*, 1980, 75–113.

17 Vojenský ústřední archiv (Zentrales Militärarchiv in Prag), Sammlung 20, Kart. 70, sign. 20-29-1, Abschrift des Flugblatts Pravda českých kováků [Wahrheit der tschechischen Metallarbeiter].

18 PELIKÁNOVÁ, 92.

19 Vojenský ústřední archiv in Prag, Sammlung 20, Kart. 70, Sign. 20-29-1, Abschrift des Flugblatts Pravda českých kováků.

20 HUBENÝ, David: Průmyslové dělnictvo v letech 1938–1941 ve světle materiálů Policejního ředitelství v Praze [Industriearbeiter in den Jahren 1938–1941 angesichts der Materialien des Polizeipräsidiums in Prag], in: *Průmyslové dělnictvo v českých zemích v letech 1938–1948. Sborník příspěvků z kolokvia Průmyslové dělnictvo a politické režimy v letech 1938–1948 [Industriearbeiter in den tschechischen Ländern in den Jahren 1938–1948. Beitragssammelbuch aus dem Kolloquium Industriearbeiter und politische Regimes in den Jahren 1938–1948]*, Prag – Opava 2016, 69–70.

von 45 SS-Mitgliedern bewacht wurde. Die Ursache von Unruhen wurde wieder die Gewährung der Teuerungshilfe in Form des Darlehens. Insgesamt handelte sich um den Betrag in der Höhe von 400 CZK, der dann von jedem wöchentlichen Lohn in der Höhe von 14 CZK abgezogen werden sollte. Während der Verhandlungen, die in der Mittagspause stattfanden, warteten die Arbeiter im Hof und diskutierten in kleinen Gruppen. Die Gendarmstation bezeichnete dieses Ereignis als eine stille zehninütige Demonstration. Obwohl es zu keiner Arbeitsunterbrechung kam, erhielt die Fabrikführung sofort die Verordnung vom 13. Juni 1939 über Streikverbot im Protektorat, die sie dann vervielfältigte und an verschiedenen Orten in der Fabrik aushängte.²¹

Auch wenn die Arbeiterbetriebssauschüsse schon eingeschüchtert wurden, kam es immer wieder zu Streiks und Arbeitsprotesten. Im Oktober 1939 brach zum Beispiel der Streik in der Weberei Sigmund Wallner in Brno aus, wo sich die Arbeiter gegen die Entlassung aufgrund der Einschränkung der Textilproduktion weigerten. Im November verlief dann ein viertägiger Streik der Bergarbeiter von kleinen Kohlengruben bei Rakovník, gegen den auch Gendarmen eingesetzt wurden.²² Diese Entwicklung führte zum Schluss zu einer noch stärkeren Verschärfung der Rechtsvorschriften. Aufgrund der Entscheidung der Protektoratsregierung über das Streikverbot konnten die zuständigen politischen Behörden nur eine Straffreiheit in der Höchstlänge von 14 Tagen erteilen.²³ Der Reichsprotektor Konstantin von Neurath erließ schon am 26. Oktober 1939 eine Verordnung über die Strafverfolgung der Sabotagen, zu denen alle Taten auch im Stadium der Vorbereitung gehörten, die das öffentliche Leben und die Wirtschaft stören konnten. Diese Fälle unterlagen dann der Jurisdiktion der Militärgerichte, die auch Todesurteile erlassen konnten.²⁴ Erst am 15. Januar 1940 wurde zu dieser Verordnung jedoch eine Durchführungsbestimmung erlassen, die die benutzen Begriffe wie „Sabotagetaten“, „Störung des öffentlichen Lebens“ und „Störung der Wirtschaft“ näher spezifizierte.²⁵

Zu den mehr bedeutenden Streiks, die sich im Frühling 1940 abspielten, zählen die Streiks in der Schiffswerft Praga in Libeň und in den Kalksteingruben in Prachovice, die die Zementfabrik in Dvůr Králové besaß. Der Streik in den Prager Schiffswerften brach spontan am 11. März 1940 und dauerte über drei Stunden. Die Arbeiter beklagten sich über die Nichteinhaltung der Arbeitsschutzvorschriften, schlechtes Verhalten der Meister, Beibehaltung der Lebensmittelkarten und niedrige Löhne. Der

21 NA Praha, PMV, Kart. 1261, Sign. 225-1261-6, Bericht über die Lohnverhandlung in der Fabrik Letov.

22 KRÁL, 83.

23 Das Streikverbot wurde durch Verordnungen der Landespräsidenten in Prag und Brno gemäß dem Gesetz Nr. 125/1927 über die Organisation der politischen Verwaltung, das auch die entsprechende strafrechtliche Sanktion festsetzte. Neben der Freiheitsstrafe in der Länge von 12 Stunden bis 14 Tagen handelte es sich ebenso um eine Möglichkeit der Geldstrafe-Erteilung von 10 CZK bis 5.000 CZK.

24 *Verordnungsblatt des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren*, Nr. 12, 1939, 83–84.

25 *Nové zákony a nařízení Protektorátu Čechy a Morava [Neue Gesetze und Verordnungen des Protektorats Böhmen und Mähren]*, 2, 1940, 24–25.

Betriebsausschuss verlor die Kontrolle über die Situation und deshalb mussten die schnell berufenen Vertreter der Gewerkschaften die Arbeiter beruhigen. Zum Schluss gelang es einige kleinere Zugeständnisse auszuhandeln, sodass die Protektoratspolizei gegen die Arbeiter, die auf das Verhandlungsergebnis vor dem Verwaltungsgebäude warteten, nicht eingreifen musste.²⁶ Andererseits in Prachovice, wo der Streik am 30. April 1940 wegen der Forderung der Wochenlohnerhöhung ausbrach, griff die Gestapo ein. Es wurden insgesamt 14 Arbeiter verhaftet und auf diese Weise wurde der Streik schnell unterbrochen.²⁷

Die Tatsache, dass die Betriebsausschüsse unter den Arbeitern ihre Autorität schnell verlieren, wusste auch die Protektoratsregierung. Am 10. Mai 1940 erließ deshalb das Innenministerium eine Verordnung, in der den Betriebsverwaltungen befahl, dass sie in der Zusammenarbeit mit den Betriebsausschüssen energisch gegen Personen eingreifen, die die Unruhen in die Reihen der Arbeiter bringen sollten. Die Verordnung bezog sich auf das folgende Ereignis: „In einer wichtigen Fabrik versuchten einige Personen eine Sonderunterschriftenaktion unter den Arbeitern durchzuführen, mit dem Ziel unterschiedliche Anforderungen (Lohnerhöhung, Urlaubsverlängerung, Erweiterung des Betriebsausschusses usw.) geltend zu machen. Bei dieser Veranstaltung wurde mittels verschiedener Versprechen und unwahrer Angaben agitiert.“²⁸

Der erste Sozialprotest, bei dem die neue Besatzungsgesetzgebung in der Praxis geprüft wurde, war der Streik in der Prager Flugzeugfabrik Avia. Dem Streik ging der Arbeitskonflikt in den Flugzeugwerken Aero vor, wo die Arbeiter am 7. August 1940 die Lohnerhöhung schnell erzwangen.²⁹ Diese Information drang auch in die Fabrik Avia ein, wo am 9. August 1940 unter den Arbeiten Unruhe wuchs. Nach neun Uhr hatte die Fabrikführung Informationen darüber, dass sich wahrscheinlich der Streik vorbereitet. Der Direktor Havránek ersuchte deshalb den Vorsitzenden des Betriebsausschusses Václav Smrř, dass er ihm hilft, diese Gefahr abzuwenden. Während sich der Betriebsausschuss über die Maßnahmen zur Ruhe- und Ordnungsbewahrung beriet, konnte man um zehn Uhr in der Produktionshalle Aufschreie hören: „Halt, Arbeit niederlegen!“³⁰ Nach dem

26 HUBENÝ, Průmyslové dělnictvo..., 71–72.

27 KRÁL, 84.

28 HUBENÝ, David: Nástin archivních fondů k dějinám dělnictva a dělnického hnutí v síti státních archivů [Zusammenfassung der Archivfonds zur Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung in den Staatsarchiven], in: Zpravodaj grantového projektu Průmyslové dělnictvo v českých zemích v letech 1938–1948. Sborník příspěvků z workshopu Výzkumné trendy a prameny k dějinám průmyslového dělnictva v letech 1938–1948 [Newsletter des Zuschussprojekts Industriearbeiter in den tschechischen Ländern in den Jahren 1938–1948. Beitragssammelbuch aus dem Workshop Entwicklungstrends und Quellen zur Geschichte der Industriearbeiter in den Jahren 1938–1948], Prag – Opava 2015, 93–94.

29 LEHÁR, Lubomír: Pražští kováci v boji za svobodu (1939–1941) [Prager Metallarbeiter im Freiheitskampf (1939–1941)], Prag 1965, 61. Der Autor beschreibt dieses Ereignis, zu dem es nur wenige Informationen gibt, als Streik, der schnell endete, weil die Fabrikführung durch Annahme von Lohnforderungen einen noch schärferen Konflikt verhindern wollte. Das Urteil des deutschen Militärgerichts gegen die Arbeiter von Avie stellt im Gegenteil fest, dass der Bericht darüber, dass die Arbeiter aus der Fabrik Aero die Lohnerhöhung durch einen Streik durchsetzten, unwahr sei.

30 NOVÁK, Oldřich – SLÁDEK, Oldřich – ŽIŽKA, Jaroslav (Hgg.): KSĊ proti nacismu. KSĊ v dokumentech nacistických bezpečnostních a zpravodajských orgánů [Kommunistische Partei gegen den Nazismus. Kommunistische Partei in den Dokumenten der NS-Sicherheits- und Nachrichtendienste], Prag 1971, 92–96.

überlieferten Urteil des Feldkriegsgerichts verursachten diese Aufrufe, dass mehr als 800 Arbeiter, die am Flugzeugbau in der Produktionshalle arbeiteten, in den Streik traten. Die Vorarbeiter bemühten sich zwar, ihre Gruppen wieder an die Arbeit zu bringen, aber sie ernten nur Spott. Genauso geriet nicht nur die Fabrikführung, sondern auch der Vorsitzende des Betriebsausschusses Smrž, der überschrien wurde, dass die Arbeiter kein Vertrauen zum Betriebsausschuss haben. Aus diesem Grunde wurde das vierköpfige Streikkomitee gewählt, das mit der Wiederaufnahme der Arbeit zustimmte, damit die Verhandlungen mit der Fabrikführung über Lohnänderungen beginnen können. Aber bevor es passierte, brach gemeinsam mit der SS-Einheit auch die Gestapo in die Fabrik ein, die von dem Abwehr-Bevollmächtigten herbeigerufen wurde. Der Streik dauerte weniger als eine Stunde, es wurden sowohl die Mitglieder des Streikkomitees als auch der überwiegende Teil des Arbeiterbetriebsausschusses verhaftet.³¹

Der Gerichtsprozess, in dem insgesamt 33 Fabrikarbeiter Avia beklagt wurde, fand am 15. Oktober 1940 statt. Das Feldkriegsgericht zweifelte zwar nicht darüber, dass der Streik vorab vorbereitet wurde, war jedoch nicht in der Lage festzustellen, von wem der Streik durch die Aufschreie in der geplanten Zeit direkt ausgerufen wurde. Nur einer von den Vorarbeitern aussagte, dass er die Information über den Streikausbruch genau um 10 Uhr schon morgen von einem unbekanntem Klempner erfahren hatte. Das Gericht der Wehrmacht stellte deshalb fest, dass die Angeklagten „die Opfer der unverantwortlichen Menschen wurden, die zum Streik hetzten, und die im Hintergrund nicht festgestellt blieben“. Die Gesamtkonstruktion bietet auch die Überlegung an, dass das Kriegsgericht kein Interesse daran hatte, die Arbeiter der Rüstungsfabrik zu abschreckend zu verurteilen. In diesem Zusammenhang stellte es fest, dass die Arbeiter aus den ausgehängten Hinweisen bewusst waren, dass die Streiks und Sabotage nicht nur verboten, sondern auch strafbar sind. Das Urteil selbst beruhte jedoch auf dem Gesetz Nr. 131/1936 Slg. über den Staatsschutz, d. h. richtete sich nach der ursprünglichen tschechoslowakischen Gesetzgebung. Das Gericht wendete darüber hinaus die möglichst niedrige Haftstrafe in der Länge von 3 Monaten an, da die gewählten Paragraphen wegen der Nichterfüllung der Arbeitspflichten eine Haftstrafe bis zur Länge von 3 Jahren zulassen.³²

Die niedrigen Urteile der deutschen Militärgerichte hatten in diesen Angelegenheiten eine ausreichend abschreckende Wirkung, jedoch vom nazistischen Sicherheitsapparat im Protektorat wurden im Gegenteil als wenig stark bewertet. Der Justizpartner von Gestapo wurden deshalb vor allem die Sondergerichte, die im März 1940 bei den deutschen Landgerichten in Prag und Brno errichtet wurden. Ihre Kompetenz dehnte sich ständig aus und schrittweise bezog sie alle Straftaten ein, bei denen das Besatzungsregime für wünschenswert hielt, dass unmittelbar danach auch exemplarische Urteile folgen. Diese Entwicklung betraf auch die deutsche Militärjustiz im Protektorat. Den endgültigen Punkt hinter dem mehrgleisigen Gerichtswesen bedeutete die Verordnung des Reichsprotectors vom 11. Februar 1942, die sämtliche strafrechtliche Verfolgung der Sabotagen im

31 LEHÁR, 61.

32 NOVÁK – SLÁDEK – ŽIŽKA, 92–96.

Protektorat auf Sondergerichte übertrug, auch in den Fällen, in denen die Zuständigkeit dem Reichskriegsgericht oder dem Volksgerichtshof gehört.³³

Eine neue Streikwelle brach im Protektorat im Sommer 1941 aus. Die unmittelbare Ursache wurde sowohl verschlechternde Lage bei der Befriedigung der Grundlebensbedürfnisse als auch die Tatsache, dass Deutschland den Krieg gegen die Sowjetunion eröffnete. Die Streikbewegung war nämlich nur eine von den Äußerungen der Widerstandsstimmungen in der tschechischen Gesellschaft, wie davon die Erhöhung der Sabotageoperationen zeugt. Dazu gehörte auch die Massenbeschädigung der nazistischen Propagandaflugblätter und Boykott der Protektoratspresse. Wenn wir diese Dynamik erfassen möchten, können wir auf Monatsübersicht von Gestapo über die Anzahl der verhafteten Personen hinweisen: Im Juni 1941 ging es insgesamt um 1.057 Menschen und im September waren es schon 1.532 Menschen, von denen die überwiegende Mehrheit als „Opposition“ oder „Kommunismus, Marxismus“ eingestuft wurde. Eine ähnliche Sprungzunahme zeigt sich auch in der Gruppe „Arbeitsverweigerung“, wo die Gestapo im Juni 1941 von 35 und im September dann 214 Festgenommenen aufweist.³⁴

Die Tatsache, dass die Arbeitnehmervertreter die Arbeiterproteste mit realen Sozialproblemen erklärten, ermöglichte zugleich, dass die nazistischen Besatzungsbehörden verschiedene zielgerichtete Erklärungen für laufende Konflikte suchen. Zum Beispiel die Prager Rüstungsinspektion verband ursprünglich die neue Protestbewegung von Arbeitern mit dem Beginn des Krieges gegen Russland. Aber wenn die Arbeiterleistungen deutlich sanken und es wurde auch gestreikt, betonte sie im Gegenteil, dass die Ernährung der Bevölkerung im Protektorat im Vergleich mit dem Reich wirklich schlecht ist.³⁵

Ähnlich kreativ waren in manchen Fällen auch die Gestapo-Dienststellen. Als Beispiel können wir die Streiks in Textilfabriken in Úpice erwähnen, die am 2. September 1941 stattfanden. Nach der Interpretation von Gestapo ging es in Oberländer Weberei eigentlich um keinen Streik, weil man im Bericht nur davon spricht, dass die Arbeiter morgen etwa eine Stunde auf ihren Arbeitsplätzen untätig mit der Begründung standen, dass sie nichts zum Essen haben und hungrig können sie nicht arbeiten. Am Nachmittag übergingen die Proteste in die Fabrik der Leinen- und Juteindustrie. Der Gestapo nach handelte es sich um eine Demonstration beim Wechsel der Vormittags- und Nachmittagschichten. Tatsächlich arbeitete man natürlich nicht, weil auf dem Fabrikhof auch die Frauen aus der Nachmittagschicht protestierten. Beide Streiks wurden erst dann beendet, wenn die Fabrikführung versprach, dass sie sich um die Verbesserung der Nahrungsmittelzuteilung einsetzt. Obwohl die Gestapo dieser Grund

33 ŠISLER, Stanislav: Příspěvek k vývoji a organizaci okupační správy v českých zemích v letech 1939–1945 [Beitrag zur Entwicklung und Organisation der Besatzungsverwaltung in den tschechischen Ländern in den Jahren 1939–1945], in: *Sborník archivních prací [Sammelbuch der Archivarbeiten]*, 13, 1963, 2, 92–94.

34 MILOTOVÁ, Jaroslava – KÁRNÝ, Miroslav: Od Neuratha k Heydrichovi [Von Neurath zum Heydrich], in: *Sborník archivních prací [Sammelbuch der Archivarbeiten]*, 39, 1989, 2, 393.

35 BRANDES, Detlef: *Češi pod německým protektorátem. Okupační politika, kolaborace a odboj 1939–1945 [Tschechen unter dem deutschen Protektorat. Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand 1939–1945]*, Prag 1999, 242–243.

anerkannte, wurden doch von beiden Betrieben 6 Männer einschließlich eines Vorsitzenden des Betriebsausschusses und 4 Frauen verhaftet.³⁶

Nach Angaben der deutschen Rüstungsinspektion fanden im Protektorat vom 10. August bis 10. September 1941 zehn größere Streiks statt und in zwölf Fällen wurde die Arbeit zeitweilig unterbrochen.³⁷ Da die Streikwelle mit dem Versprechen einer besseren Versorgung nicht gestoppt wurde, wurden wieder als Lösungsmittel die abschreckenden Repressionen eingesetzt. Als Beispiel kann die Unterdrückung der Streikbewegung in Prager Fabrik Walter aufgeführt werden. Der erste, kurze, fünfzehnminütige Streik brach schon morgen am 28. August 1941 aus, als der Betriebsausschuss der Fabrikführung einen schriftlichen Anspruch an Lohnerhöhung und Sicherstellung der besseren Versorgung mit Grundnahrungsmitteln übergab. Der erste Konflikt endete mit dem Versprechen, dass diese schlechte Situation gelöst wird. Die Fabrikführung machte dann am 10. September 1941 bekannt, dass im nahen Geschäft Bratrství (Bruderschaft) außerordentliche Zuteilungen von 200 g Mehl, 350 g Reis und 80 g Fett ausgegeben werden. Am nachfolgenden Tag wurde jedoch klargestellt, dass laut dem Befehl der Reichsprotektor-Behörde ist es nicht möglich, den Arbeitern die versprochene Fettmenge zu gewähren. Der Streik brach am 11. September 1941 nach neun Uhr aus, als 1.737 Arbeiter ihre Arbeit stilllegten. Der Fabrikdirektor Gustav Klestil gab den Befehl, den Streik sofort zu beenden, und als dies nicht geschah, rief er die Gestapo an. Die Gestapo-Mitglieder verhafteten insgesamt 150 Arbeiter, die bis zum letzten Augenblick weigerten zu arbeiten. Von denen beanstandete die Fabrikführung 82 Personen zurück und der Rest von den Verhafteten wurde ins Polizeigefängnis in die Kleine Festung in Terezín gebracht. Im nächsten Schritt wurden aus dieser Menge 10 Arbeiter ausgewählt, die in eine sog. Schutzhaft genommen wurden. Dann folgte der Transport ins Konzentrationslager Mauthausen, wo sie bis auf einen Menschen nacheinander gestorben sind.³⁸

Einen ähnlichen abschreckenden Verlauf hatte auch die Streikunterdrückung in der Fabrik Telegrafia in Pardubice, der am 19. September 1941 ausbrach. Der zweistündige Streik mit 1.651 Arbeitern beruhte zwar auf einem Lohnstreit, aber die Gestapo erweiterte die Untersuchung auch auf das verbotene Hören des ausländischen Radios. Dies sollte in einigen Produktionsstätten geschehen. Dieser Schritt erleichterte der Gestapo die Behauptung, dass sich von Anfang an um einen politischen Streik handelte, der durch die Sendung des Londoner Rundfunks hervorgerufen wurde. Alle festgenommenen Mitglieder des Betriebsausschusses wurden deshalb freigelassen und vor dem Sondergericht, das am 15. Juli 1942 stattfand, blieben insgesamt 16 Arbeitnehmer stehen. Der Ankläger beschuldigte sie aus der Sabotage und alle außer einem, der freigesprochen wurde, wurden zu einer Freiheitsstrafe in der Länge von einem bis fünf Jahren verurteilt.³⁹

36 MILOTOVÁ – KÁRNÝ, 291, 368; METELKA, Jaroslav: *Krvavý protektor. Epilog Heydrichiády v Podkrkonoší [Blutprotektor. Epilog des Heydrichs Zeitraums in der Riesengebirge-Region]*, Náchod 1967, 7–8.

37 BRANDES, 242.

38 NA Praha, Fond Státní tajemník u říšského protektora [Staatssekretär beim Reichsprotektor], Sign. 109-5/101; LEHÁR, 107–112.

39 KOTYK, Jiří: *Stávka v pardubické Telegrafii v roce 1941 [Der Streik in Telegrafia in Pardubice im Jahre 1941]*, in: *Zprávy Klubu přátel Pardubicka [Nachrichten des Freunden-Klubs in der Pardubice-Region]*, 46, 2011, 11–12, 359–363.

Gerade diese abschreckenden Strafen, die nach dem Heydrichs Amtsantritt des Reichprotektors die Erklärung des Standrechts zusätzlich gestärkte, waren der Hauptgrund, warum die Streiks als das Sozialprotest in den Hintergrund schnell traten. In der Folgezeit wurden diese durch Verlangsamung der Arbeit oder eine individuelle Flucht vom Arbeitseinsatz ersetzt. Den Umfang des zweiten Phänomens kann man sich zum Beispiel aufgrund der Angaben vorstellen, die sich auf Kohlengbiet in Ostrava beziehen. Zwischen Januar und September 1943 flohen aus gezwungenem Arbeitseinsatz in den Bergwerken insgesamt 2.031 Arbeiter, wobei sich in 268 Fällen um wiederholte Fluchten handelte. Der entsprechende Bericht sagt dazu, dass das Bringen in die sog. Arbeitserziehungslager schon seine abschreckende Wirkung verliert, und dass sich 96,7% von Flüchtlingen aus Geburtsjahrgängen 1920–1924 rekrutieren, also aus jungen Menschen, die während der Besatzung am meisten vom System des gezwungenen Arbeitseinsatzes betroffen wurden.⁴⁰

Doch kam es weiterhin zu den Einzelstreiks, aber die Entstehung dieser war rein spontan. Der bekannteste, wieder aufgrund der exemplarischen Repression, wurde der Streik vom 24. August 1943 in der ČKD-Fabrik in Vysočany. Die unmittelbare Ursache waren die Verschiebungen der Arbeitszeit mit keiner Rücksicht auf pendelnde Arbeiterinnen und Arbeiter. Der Proteststreik wurde gerade von den unzufriedenen Frauen hervorgerufen. Obwohl etwa 350 Arbeiter aufhörten schließlich zu arbeiten und es kam nur zum zweistündigen Produktionsausfall, die Urteile des Sondergerichts, das vier Tage später tagte, waren wieder exemplarisch: eine Todesstrafe und vier Haftstrafen in der Länge von drei bis sieben Jahren. Der Hilfsarbeiterin Hana Vaničková, die eigentlich die Urheberin der ganzen Veranstaltung war, wurde vom Gericht eine Haftstrafe von 6 Jahren erteilt. Im Urteil wird direkt festgestellt, dass die Strafhöhe auch mit Rücksicht auf die Moralverschlechterung der tschechischen Arbeiter gewählt wurde, also aus abschreckenden Gründen. Für die damalige Situation war charakteristisch, dass die Arbeiterbetriebsausschüsse in ČKD diesen Streik als „*unverantwortliche und undisziplinierte Handlung von Elementen*“ offiziell verurteilten, weil sich die ČKD-Arbeiter „in den Kampf der Reichswehrmacht für das neue wiedergeborene Europa eingliedern wollen“.⁴¹

Auf dieselbe Weise brach die Gestapo auch den Streik, der am 14. Mai 1944 im Bergwerk Krimich in Nýřany stattfand. Die unmittelbare Ursache wurde die Tatsache, dass den Bergarbeitern, die gerade eine Nachtschicht beendet hatten, mitgeteilt wurde, dass sie am Abend wieder eine außerordentliche Schicht antreten sollen. Als sie dies verweigerten, folgte der Gestapoeingriff, die 14 Bergarbeiter festgenommen hat. Das Sondergericht in Prag beurteilte den gesamten Fall als Sabotage. Ein Bergarbeiter wurde zur Todesstrafe und die restlichen 134 Bergarbeiter zu den Haftstrafen in der Länge von drei bis vier Jahren verurteilt.⁴² Der letzte bekannte Streik, der im Juli 1944 im Prager Unternehmen Always stattfand, verzichtete andererseits auf exemplarische Repressionen. Die Ursache

40 Zemský archiv in Opava, Fond Revírní báňský úřad in Ostrava, Kart. 181, Bericht vom 20. Oktober 1943.

41 NA Prag, Fond Německé státní ministerstvo pro Čechy a Moravu [Deutsches Staatsministerium für Böhmen und Mähren], Sign. 110-4/392, stávka v ČKD Vysočany [Streik in ČKD Vysočany].

42 SLÁDEK, Oldřich: *Zločinná role gestapa. Nacistická bezpečnostní policie v českých zemích 1938–1945* [Verbrecherische Rolle der Gestapo. NS-Sicherheitspolizei in tschechischen Ländern 1938–1945], Prag 1986, 281.

war der Übergang auf neue Entlohnungsweise, die Einführung des sog. Refa-Systems, das eine Lohnsenkung verursachte. In den Streik traten insgesamt 78 Arbeiterinnen und die Arbeitsunterbrechung dauerte eine Stunde und fünfzehn Minuten. Die Gestapo verhaftete nach ihrer Ankunft drei Frauen, jedoch diesmal wurden keine strengen Strafen mit Begründung vorgeschlagen, dass die Fabrikführung „einen Fehler beging, als sie den Arbeitnehmern diese Angelegenheit nicht ordentlich erklärte und keinen Sozialausgleich sicherte“.⁴³

Zum Schluss ist festzustellen, dass die Streikbewegung als Protestform vor allem im Veranstaltungsregister der illegalen Kommunistischen Partei zu finden ist. Diese Ausrichtung jedoch im Zeitraum vom Herbst 1939 bis Frühling 1941 hängt mit der Taktik von Komintern zusammen, die damals den Krieg als beidseitig imperialistischen Krieg bezeichnete und im Geist der Stalin-Politik bemühte sie sich, die illegale Bewegungen im Protektorat nur zum Kampf für Sozialforderungen lenken. Zum ersten Mal erschien diese Taktik schon im Herbst 1939 im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Proteste, die am Jahrestag der Entstehung der Tschechoslowakischen Republik verlaufen sollen. Während der demokratische Widerstand die öffentlichen Manifestationen beabsichtigte, bereitete die illegale Kommunistische Partei Manifestationsstreiks vor. Die Gründe für diesen unterschiedlichen Vorgang hängten selbstverständlich mit der Komintern-Politik zusammen, die nach der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts im August 1939 den Präsidenten Beneš als Feind der Sowjetunion im Dienst der Westimperialisten bezeichnete. Diese Haltung spiegelt sich dann zum Beispiel in der radiotelegraphischen Depesche von Klement Gottwald am 21. Oktober 1939, in der er die Pläne der inländischen kommunistischen Zentrale aus Moskau kommentierte: *„Bei der Veranstaltung zum 28. Oktober gehen sie vorsichtig vor, damit sie nicht in den Zug des Chauvinismus von Beneš geraten. Wir empfehlen ein entscheidendes Auftreten zum 7. November für die Sowjetunion und nationale und soziale Befreiung gemeinsam mit der deutschen Arbeiterklasse.“*⁴⁴

Die heutige Reflexion vom 28. Oktober 1939 konzentriert sich schon traditionell auf Massendemonstrationen im Zentrum von Prag. Nach dem Bericht der Prager Polizeidirektion herrschte in den großen Betrieben in der Regel Ruhe und nur in der Fabrik Walter in Jinonice zeigten die Arbeiter *„eine erhebliche Arbeitsunlust“*. Alle Maschinen waren zwar in Betrieb genommen, aber es arbeitete nur ein kleiner Teil der Nachmittagschicht. Die Fabrikführung gemeinsam mit dem Betriebsausschuss redete den Arbeitern den Streik zum Schluss aus, so dass um 11 Uhr die Produktion vollständig in Betrieb genommen wurde. Andere Situation herrschte in kleineren Betrieben und auf den Baustellen. In einigen Fällen gingen die Arbeiter gar nicht zur Arbeit, in anderen Fällen gelangten zwar zur Arbeit, sie kamen jedoch in der Feiertagskleidung mit schwarzen oder roten Krawatten, manchmal

43 *Český odboj na sklonku války ve světle nacistických dokumentů [Tschechischer Widerstand am Kriegsende in den nazistischen Dokumenten]*, Band 1, Prag 1970, 77.

44 *Depeše mezi Prahou a Moskvou 1939–1941 [Depeschen zwischen Prag und Moskau 1939–1941]*, in: *Příspěvky k dějinám KSČ [Beiträge zur Geschichte der Kommunistischen Partei]*, 7, 1967, 3, 397.

auch mit einer Trikolore am Revers. Der Bericht der Prager Polizeidirektion nennt konkret zehn Fabriken, in denen gestreikt wurde, und dann erwähnt die Bauten in Bubeneč und Holešovice, wo bis auf wenige Ausnahmen die Angestellten völlig abwesend waren.⁴⁵

Der Depesche nach, die die kommunistische Zentrale drei Tage später nach Moskau sendete, verliefen die Streiks nur mit teilweisem Erfolg: „In den großen Betrieben blieben die Arbeiter unter dem Druck der Behörden und Gewerkschaftsbürokraten in der Arbeit, arbeiteten jedoch nicht, veranstalteten Sitzungen, sangen Lieder, schrien Parolen gegen die Besatzer.“⁴⁶

In späteren Depeschen wurden einige konkrete Fälle erwähnt: „Pilsner Škoda – alle haben eine Feiertagskleidung, niemand arbeitet, vor und nach der Schicht eine stille Demonstration vor dem Masaryk Denkmal.“⁴⁷ Nach anderen Quellen fand diese Demonstration erst nach dem Ende der Vormittagsschicht und der Zug der Škoda-Arbeiter, zu dem sich auch andere Pilsner Bürger hinzukamen, dauerte über eine Stunde.⁴⁸ Das andere Beispiel betraf Rakovník. Noch vor dem 28. Oktober wurden in der Stadt Flugblätter mit einem Aufruf verteilt, dass die Arbeiter zur Arbeit zwar kommen, jedoch bei den Maschinen untätig stehen. Dieser Streik verlief nach der Meldung des Bezirksamts in der Fahrradfabrik Stadion, wo es erst um ein Viertel zwölf dem Oberkommissar des Bezirksamts gelang, die Arbeiter zur Arbeit zu bringen. Auch im Betrieb Keram begannen die Arbeiter um neun Uhr erst nach der Gendarmassistentz arbeiten. Auf den Baustellen arbeitete man auch nicht, wo fast niemand zur Arbeit kam und eine höhere Abwesenheit wurde auch bei der Nachmittagsschicht im Bergwerk Rako festgestellt.⁴⁹ In der mittelböhmischen Region verliefen ähnliche Manifestationsstreiks in Kladno, Mladá Boleslav, Velvary und Mělník.⁵⁰ Aus anderen Regionen ist das Gebiet von Hradec Králové zu erwähnen, wo die Manifestationsstreiks in Jaroměř, Kostelec nad Orlicí, Police nad Metují und Vamberk stattfanden.⁵¹

In den folgenden Tagen erreichten die Ereignisse ihren Höhepunkt während der bekannten Demonstration beim Begräbnis von Jan Opletal insbesondere mit einer harten Intervention der Besatzungsmacht, die am 17. November 1939 zum ersten Mal Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren durchführte. In diesen Stunden beschäftigte sich die Besatzungsmacht mit der Frage, wie die tschechischen Arbeiter auf die entstandene Situation reagieren werden. Noch in der

45 BABIČKA, Václav – HELEŠICOVÁ, Věra: *17. listopad 1939. Faksimilia [Der 17. November 1939. Faksimiles]*, Prag 1979, Dok. Nr. 15, 53–63.

46 Depeše mezi Prahou a Moskvou..., 398.

47 Ebenda, 400.

48 *Dějiny Plzně [Pilsner Geschichte]*, Band III, Plzeň 1981, 250.

49 GÖRTLER, Miroslav: *Rakovnicko v boji proti fašismu. Studie z dějin let 1939–1941 [Rakovník-Region im Kampf gegen den Faschismus. Geschichtsstudie 1939–1941]*, Prag 1984, 71.

50 Näher siehe PASÁK, Tomáš: *Protiněmecké demonstrace ve středních Čechách na podzim roku 1939 a postoj ilegální KSČ [Antideutsche Demonstrationen im Mittelböhmen im Herbst 1939 und die Haltung der illegalen Kommunistischen Partei]*, in: *Středočeský sborník historický [Historisches mittelböhmisches Sammelbuch]*, 14, 1979, 5–25.

51 KMONÍČEK, Josef: *Ilegální činnost KSČ na Královéhradecku 1938–1941 [Illegale Tätigkeit der Kommunistischen Partei in der Region von Hradec Králové 1938–1941]*, in: *Odboj a revoluce. Zprávy [Widerstand und Revolution. Berichte]*, 4, 1966, 4, 75–76.

Nacht zum Samstag 18. November 1939 rief der deutsche Staatssekretär K. H. Frank den Minister Klumpar an, um ihn zu informieren, dass „*sich die bestimmten intellektuellen Kreise bemühen, die Arbeiter zu Streiks zu bringen*“. Auf eine direkte Frage teilte er Klumpar vertraulich mit, dass sich diese Informationen Českomoravské strojírný (Böhmisch-Mährische Maschinenwerke) und Škoda betreffen.⁵² In den folgenden Stunden unternahm deshalb die Protektoratsregierung eine Reihe von praktischen Schritten, um vor den Gefahren dieser Streiks zu warnen.⁵³

Trotz der umfangreichen Entmutigungskampagne fanden am 20. November 1939 in Dvůr Králové zwei stille Manifestationsstreiks von Textilarbeitern. Die Arbeiter legten für kurze Zeit die Maschinen still und beim Stillstehen erinnerten an die neun hingerichteten Studenten. Obwohl sich um ein Marginalereignis handelte, das nicht einmal zur Öffentlichkeit durchdrang, folgte praktisch unmittelbar eine repressive Intervention der Protektoratsgendarmen und der Gestapo. Insgesamt wurden 10 Personen festgenommen, von denen 3 in die Untersuchungshaft von Gestapo gesetzt wurden.⁵⁴ In der Folgezeit erfolgten keine ähnlichen direkt politisch motivierten Streikproteste mehr. Die Protektoratspolizei überwachte noch im Dezember 1939 weiterhin das Arbeiterverhalten in den Fabriken, um mögliche neue politische Manifestationen und Streiks rechtzeitig zu verhindern.⁵⁵

Obwohl die Manifestationsstreiks schnell aus der Protektoratszene verschwanden, blieb in der kommunistischen Bewegung die Idee des Generalstreiks. Zum Beispiel nach dem Beschluss der III. illegalen Zentralführung der Kommunistischen Partei vom April 1944 sollte der nationale Widerstand bis zum Generalstreik gesteigert werden, der eine direkte Vorstufe des bewaffneten Aufstands würde.⁵⁶ Dieses Konzept war jedoch völlig illusorisch. Schon auf den ersten Blick berücksichtigte es keine realen Möglichkeiten der stark dezimierten illegalen kommunistischen Partei. Man rechnete gar nicht damit, dass es vor der Niederlage Deutschlands zum schnellen Zusammenbrechen der Industrieproduktion kommt. Überlegungen der neuen illegalen Zentralführung, an derer Spitze Josef Smrkovský stand, bezogen deshalb direkt auf den bewaffneten Aufstand und auf die Übernahme der politischen Macht. Die Tatsache, dass das ursprüngliche Konzept des Generalstreiks auf einer völlig falschen Voraussetzung beruhte, werden für Betriebsvertrauten bestätigt, die am Ende April 1945 von der illegalen Gewerkschaftsbewegung verbreitet wurde. In der entsprechenden Passage wurde dazu Folgendes aufgeführt: „*Die Nazis haben Angst vor den in den Betrieben versammelten Arbeitern. Deshalb bieten sie überall Urlaub an, sie leiden leise, wenn die Arbeiter zur Arbeit nicht gehen. Es ist ein Verbrechen an Arbeiterinteressen, sich in diesem Augenblick ihre Fabrik, ihren Betrieb fernzuhalten. Die Fabriken gehören den Arbeitern und die Arbeiter müssen diese schützen und als ihre Festungen besetzen.*“ Die

52 Archiv Národního muzea [Archiv des Nationalmuseums], Vladislav Klumpar, Kart. 2, Sign 8/9, Aufzeichnungen der Gespräche mit K. H. Frank.

53 KOKOŠKA, „Zastavte práci!“..., 36.

54 Siehe mehr Details KOKOŠKA, „Zastavte práci!“..., 36–37.

55 HUBENÝ, *Průmyslové dělnictvo...*, 73–74.

56 *Český odboj a květnové povstání 1945. Sborník dokumentů 1943–1945 [Tschechischer Widerstand und Mai-Aufstand 1945. Dokumentensammelbuch 1943–1945]*, Prag 1975, Dok. Nr. 8, 42–43.

Autoren des Flugblatts daher empfohlen, in den Fabriken bleiben, obwohl man nicht arbeitet und mit Rücksicht auf die weitere politische Entwicklung die Arbeitermiliz zu schaffen.⁵⁷

Referenzen

Archiv Národního muzea (Archiv des Nationalmuseums), Vladislav Klumpar, Kart. 2, Sign 8/9, Aufzeichnungen der Gespräche mit K. H. Frank.

Národní archiv (Nationalarchiv in Prag), Fond Prezídium ministerstva vnitra (Präsidium des Innenministeriums, im Folgenden PMV genannt), Kart. 1261, Sign. 225-1261-6, Bericht über den Streikverlauf.

Zemský archiv (Landesarchiv in Opava), Fond Revírní báňský úřad (Revierbergamt in Ostrava), Kart. 561, Zuschrift der Direktorkonferenz vom 26. Juli 1939.

Národní listy [Nationalblätter], Nr. 162 vom 14. Juni 1939, Seite 1.

BABIČKA, Václav – HELEŠICOVÁ, Věra: *17. listopad 1939. Faksimilia [Der 17. November 1939. Faksimiles]*, Prag 1979.

BRANDES, Detlef: *Češi pod německým protektorátem. Okupační politika, kolaborace a odboj 1939–1945 [Tschechen unter dem deutschen Protektorat. Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand 1939–1945]*, Prag 1999.

Český odboj a květnové povstání 1945. *Sborník dokumentů 1943–1945 [Tschechischer Widerstand und Mai-Aufstand 1945. Dokumentensammelbuch 1943–1945]*, Prag 1975.

Depeše mezi Prahou a Moskvou 1939–1941 [Depeschen zwischen Prag und Moskau 1939–1941], in: *Příspěvky k dějinám KSČ [Beiträge zur Geschichte der Kommunistischen Partei]*, 7, 1967, 3, 397–398, 400.

Gesetz Nr. 309/1921 Slg. vom 12. August 1921 gegen die Unterdrückung und zum Freiheitsschutz bei den Versammlungen.

GÖRTLER, Miroslav: *Rakovnicko v boji proti fašismu. Studie z dějin let 1939–1941 [Rakovník-Region im Kampf gegen den Faschismus. Geschichtsstudie 1939–1941]*, Prag 1984.

HERČÍK, Karel: *Stávka dělníků mladoboleslavské automobilky [Arbeiterstreik der Autofabrik in Mladá Boleslav]*, in: *Středočeské kapitoly z dějin okupace 1939–1942 [Mittelböhmener Kapitel aus Besatzungsgeschichte 1939–1942]*, Prag 1965, 100–119.

HUBENÝ, David: *Nástin archivních fondů k dějinám dělnictva a dělnického hnutí v síti státních archivů [Zusammenfassung der Archivfonds zur Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung in den Staatsarchiven]*, in: *Zpravodaj grantového projektu Průmyslové dělnictvo v českých zemích v letech 1938–1948. Sborník příspěvků z workshopu Výzkumné trendy a prameny k dějinám průmyslového dělnictva v letech 1938–1948 [Newsletter des Zuschussprojekts Industriearbeiter in den tschechischen Ländern in den Jahren 1938–1948. Beitragssammelbuch aus dem Workshop Entwicklungstrends und Quellen zur Geschichte der Industriearbeiter in den Jahren 1938–1948]*, Prag – Opava 2015, 93–94.

⁵⁷ Český odboj [Tschechischer Widerstand], Dok. Nr. 40, 157–160.

- HUBENÝ, David: Průmyslové dělnictvo v letech 1938–1941 ve světle materiálů Policejního ředitelství v Praze [Industriearbeiter in den Jahren 1938–1941 angesichts der Materialien des Polizeipräsidiiums in Prag], in: *Průmyslové dělnictvo v českých zemích v letech 1938–1948. Sborník příspěvků z kolokvia Průmyslové dělnictvo a politické režimy v letech 1938–1948 [Industriearbeiter in den tschechischen Ländern in den Jahren 1938–1948. Beitragssammelbuch aus dem Kolloquium Industriearbeiter und politische Regimes in den Jahren 1938–1948]*, Prag – Opava 2016, 69–74.
- KMONÍČEK, Josef: Ilegální činnost KSČ na Královéhradecku 1938–1941 [Illegale Tätigkeit der Kommunistischen Partei in der Region von Hradec Králové 1938–1941], in: *Odboj a revoluce. Zprávy [Widerstand und Revolution. Berichte]*, 4, 1966, 4, 75–76.
- KOKOŠKA, Stanislav: Statistische Quellen aus dem Protektorat Böhmen und Mähren, in: *Zpravodaj grantového projektu Průmyslové dělnictvo v českých zemích v letech 1938–1948. Sborník příspěvků z workshopu Výzkumné trendy a prameny dějinám průmyslového dělnictva v letech 1938–1948 [Newsletter des Zuschussprojekts Industriearbeiter in den tschechischen Ländern in den Jahren 1938–1948. Beitragssammelbuch aus dem Workshop Entwicklungstrends und Quellen zur Geschichte der Industriearbeiter in den Jahren 1938–1948]*, Prag – Opava 2015, 77–78.
- KOTYK, Jiří: Stávka v pardubické Telegrafii v roce 1941 [Der Streik in Telegrafia in Pardubice im Jahre 1941], in: *Zprávy Klubu přátel Pardubicka [Nachrichten des Freunden-Klubs in der Pardubice-Region]*, 46, 2011, 11–12, 359–363.
- KRÁL, Václav: Otázky hospodářského a sociálního vývoje v českých zemích 1938–1945 [Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den tschechischen Ländern 1938–1945], Band III, Prag 1959.
- LEHÁR, Lubomír: Pražští kováci v boji za svobodu (1939–1941) [Prager Metallarbeiter im Freiheitskampf (1939–1941)], Prag 1965.
- METELKA, Jaroslav: Krvavý protektor. Epilog Heydrichiády v Podkrkonoší [Blutprotektor. Epilog des Heydrichs Zeitraums in der Riesengebirge-Region], Náchod 1967.
- MILOTOVÁ, Jaroslava – KÁRNÝ, Miroslav: Od Neuratha k Heydrichovi [Von Neurath zum Heydrich], in: *Sborník archivních prací [Sammelbuch der Archivarbeiten]*, 39, 1989, 2, 291, 368, 393.
- NOVÁK, Oldřich – SLÁDEK, Oldřich – ŽIŽKA, Jaroslav (Hgg.): KSČ proti nacismu. KSČ v dokumentech nacistických bezpečnostních a zpravodajských orgánů [Kommunistische Partei gegen den Nazismus. Kommunistische Partei in den Dokumenten der NS-Sicherheits- und Nachrichtendienste], Prag 1971.
- Nové zákony a nařízení Protektorátu Čechy a Morava [Neue Gesetze und Verordnungen des Protektorats Böhmen und Mähren]*, 2, 1940, 24–25.
- Odboj na Mladoboleslavsku 1939–1945. Obraz historie domácího odboje v Pojizeří. [Widerstand in der Region Mladá Boleslav 1939–1945. Ein Bild der Geschichte des Innenwiderstands in Pojizeří]*, Mladá Boleslav 1995.
- PELIKÁNOVÁ, Jaroslava: Daňkovka v letech nacistické okupace [Daňkovka in den Jahren der Nazibesatzung], in: *Studie a vzpomínky z dějin závodů v ČSSR [Studien und Erinnerungen aus der Betriebsgeschichte in der Tschechoslowakischen sozialistischen Republik]*, 1980, 75–113.
- Regierungsverordnung Nr. 330 vom 21. 12. 1939 über die Staatsführung der Lohnpolitik.

SLÁDEK, Oldřich: *Zločinná role gestapa. Nacistická bezpečnostní policie v českých zemích 1938–1945* [Verbrecherische Rolle der Gestapo. NS-Sicherheitspolizei in tschechischen Ländern 1938–1945], Prag 1986.

ŠISLER, Stanislav: Příspěvek k vývoji a organizaci okupační správy v českých zemích v letech 1939–1945 [Beitrag zur Entwicklung und Organisation der Besatzungsverwaltung in den tschechischen Ländern in den Jahren 1939–1945], in: *Sborník archivních prací* [Sammelbuch der Archivarbeiten], 13, 1963, 2, 92–94.

Verordnungsblatt des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren, Nr. 12, 1939, 83–84.

Author

PhDr. Stanislav Kokoška, Ph.D.
Ústav pro soudobé dějiny AV ČR, v.v.i.
Institute of Contemporary History
Vlašská 355/9, 118 00 Praha 1, Czech Republic
kokoska@usd.cas.cz